Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 300 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag
23. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezug 1,9 Milliarden M für die Woche vom 21.–27. Okt.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Anzeigenpreis 250 M je 33 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet

23. 10. a — Nr. 492 — 300 Mill.
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 12 Millionen.

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 53/54 GRUNDSTÜCKE

Generalstreik in Wiesbaden.

Aachen gesäubert.

ht. **Wiesbaden,** 23. 10. (Eigenbericht.)

Seit heute vormittag 9 Uhr herrscht hier der Generalstreik, den die Gewerkschaften zum Protest gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik beschlossen haben. Alle Arbeit ruht; selbst die Zeitungen haben den Betrieb eingestellt. (Ueber die Ereignisse der heutigen Nacht in Wiesbaden siehe die untenstehende Meldung. — Red.)

Köln, 23. 10. (Eigenbericht.) Gestern aber hat in Aachen die Gegenaktion der treudeutschen Bevölkerung gegen die Separatistenbanden begonnen. Die Bewegung wurde unter Mitwirkung der Gewerkschaften durchgeführt, und war um 1 Uhr nachts beendet. Sämtliche Gebäude, die von den Separatisten besetzt worden waren, sind wieder befreit. Die Sonderbündler wurden aus der Stadt hinausgeworfen.

In Mainz ist den Sonderbündlern ein Polizeirevier in die Hände gefallen. Die Sonderbündler in der Stadt erhalten ständig bewaffneten Zuzug von außerhalb.

Putschversuche in Trier, Wiesbaden und Bonn.

b. **Frankfurt a. M.,** 23. 10. (Eigenber.)

Offen unterstützt von Franzosen und Belgiern, beginnt die Bewegung im Rheinland sich weiter auszudehnen. Die beinahe völlige Apathie, in die die Bevölkerung durch die Unterdrückung der fremden Eroberer geraten ist, hilft den Hochverrätern bei ihrem Handwerk. Es kann als einwandfrei erwiesen gelten, daß es sich bei der Bewegung um ein von langer Hand mit französischer und belgischer Hilfe vorbereitetes Unternehmen handelt.

Im einzelnen ist die Lage heute morgen die folgende:

In Aachen ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen der erregten Volksmenge und der deutschen Polizei auf der einen und den Separatisten auf der andern Seite gekommen. Verschiedene Meldungen sprechen von Verletzten und auch von Toten. Die Polizei hält nach wie vor das Polizeipräsidium besetzt, während die Separatisten das Regierungsgebäude zu ihrem Hauptquartier gemacht haben. Im Augenblick scheint in Aachen Ruhe zu herrschen.

Eine Anzahl von Mainz herkommender Separatisten besetzten heute nach das Rathaus von Wiesbaden und entwaffneten die aus dreißig Mann bestehende Polizei. Es fanden starke Gegendemonstrationen statt, gegen die die Sonderbündler mit Waffen vorgingen. Das Rathaus ist in Händen der Rebellen.

In Mainz selbst herrscht noch Ruhe, nachdem der gestrige Streich mißlungen ist. Man erwartet aber stündlich neue Ereignisse.

Im Laufe der Nacht ist es den rheinischen Hochverrätern gelungen, Rathaus und Regierungsgebäude von Trier zu besetzen. Zurzeit finden Verhandlungen mit den Behörden statt.

Coblenz ist nach den gestrigen Ereignissen ruhig.

Nachdem die Franzosen gestern die Polizei in Bonn durch Drohung in ihrem Eingreifen ausgeschaltet haben, ist heute nacht die Besetzung des Rathauses und anderer Amtsgebäude durch separatistische Trupps erfolgt. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Dorten soll sich nach Koblenz begeben haben, um seinerseits die Republik auszurufen. Matthes sitzt in Düren und versucht von dort aus die Bewegung einheitlich zu leiten. Der Bürgermeister von Düren wird von den Sonderbündlern in seinen Amtsräumen gefangen gehalten. Der „provisorischen Regierung" gehören die folgenden Persönlichkeiten an: Deckers, Guthardt, Metzgen, Dorten und einige andere Ehrenmänner. Von einer Regierungstätigkeit ist allerdings nichts zu merken.

*

Es ist Sorge getragen, daß keine Erwerbslosenunterstützung für diejenigen rheinischen Städte gezahlt wird, in denen sich Sonderbündler oder Kommunisten der öffentlichen Gewalt bemächtigt haben.

Französisches Geld.

London, 23. 10. (W. T. B.) Einer Reuter-Meldung aus Louisville in Kentucky zufolge erklärte Lloyd George zu der Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen, es bestehe kein Zweifel, daß französisches Geld hinter der Bewegung stehe, und fügte hinzu, er sei von Anfang an der Ansicht gewesen, daß die französische Invasion des Ruhrgebiets in erster Linie den Zweck verfolgte, die Auflösung des Deutschen Reiches zu erzwingen.

Kundgebung der Bonner Stadtverordneten.

Bonn, 23. 10. (W. T. B.) Die Stadtverordneten hielten gestern abend eine Versammlung ab, in der der Vorsitzende über die Ereignisse der letzten Tage berichtete. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Ereignisse, die sich gestern morgen in einem Teil des besetzten Gebietes abgespielt und die dort zur zwangsweisen Ausrufung einer rheinischen Republik durch Sonderbündler geführt haben, haben auch für die Stadt Bonn die Befürchtung nahegerückt, daß ein ähnlicher Versuch hier gemacht wird. (Inzwischen ist dieser Versuch erfolgt. Red.) In dieser ernsten und schicksalsschweren Stunde erneuern die Stadtverordnetenversammlung und die Stadtverwaltung als berufene Vertreter der Bonner Bevölkerung feierlichst das Gelöbnis der Treue zum deutschen Vaterlande und geloben, alles zu tun, um mit den noch zur Verfügung stehenden Mitteln die verfassungsmäßigen Zustände aufrechtzuerhalten."

Berliner Kurse vom 23. 10:

1 Dollar amtlich: M 56 000 Millionen
Zuteilung 100 % (Frankfurt 60 %)
1 Pfund amtlich: M 250 000 Millionen
Zuteilung 100 %
1 Goldmark M 13 333,33 Millionen
Goldanleihe: M 56 000 Millionen
Zuteilung 100 %.

Tirard in Aachen!

Nach Zusammenkunft mit Poincaré.

S. **Paris,** 23. 10. (Eigenbericht.)

Poincaré ist gestern noch nicht nach Paris zurückgekehrt. Er wird erst heute wieder von seinem Landgut zurückerwartet. Ueber die Ereignisse im Rheinland wird er stündlich auf dem laufenden gehalten. Oberkommissar Tirard, der noch Samstag eine Rücksprache mit Poincaré hatte, traf gestern morgen in Aachen ein (!) und ist gleich nach Koblenz weitergefahren.

Am Quai d'Orsay zeigt man sich nach außen hin sehr zurückhaltend. Ueber die wirkliche Haltung Frankreichs besteht natürlich nicht der geringste Zweifel. Der „Matin" spricht zum Beispiel heute morgen von einem „Verrat" des Oberbürgermeisters von Koblenz, weil dieser sich den Separatisten widersetze (!). Das „Echo de Paris" meldet aus Brüssel, daß man sich dort ganz besonders reserviert verhalte. Man wisse dort anscheinend nicht, wie man sich zu der Bewegung stellen solle. Die „Independance Belge" erklärt, daß die Ausrufung der rheinischen Republik die Lösung des Reparationsproblems nicht erleichtere.

In linksgerichteten französischen Kreisen ist man über die Entwicklung der Dinge wenig hoffnungsfroh gestimmt. Man sieht für einen neuen Rheinlandstaat, wenn er wirklich Tatsache werden sollte, innere Schwierigkeiten voraus. Ohne sehr weitgehende französische Geldunterstützung sei ein solcher Rheinlandstaat vollständig lebensunfähig. und die gesamte rheinisch-westfälische Industrie einfach lahmgelegt. „Seitdem Frankreich die Reparationsfrage der Sicherungsfrage opferte, gab es weder Reparationen noch Sicherung", schreibt zum Beispiel heute der „Populaire".

Die Blätter der Morgenpresse berichten in deutlicher Absicht von einer Ausdehnung der Bewegung. Verschiedentlich kam es zu Unruhen in Aachen und Koblenz. Das „Journal" spricht von der Möglichkeit einer nationalistischen Gegenbewegung und läßt hierbei keinen Zweifel darüber, daß in diesem Falle die Separatisten der Unterstützung der Besatzungsmächte sicher sein dürften. Besonders ungewiß ist man über die Haltung des Bezirks Köln und des Ruhrgebiets, die man beide gern in die Bewegung mit hineinziehen möchte, was man aber aus verschiedenen Gründen nicht recht wagt.

Nach der „Daily Mail" soll zwischen Frankreich und England eine Einigung dahin erzielt worden sein, daß auf dringende Vorstellungen Englands Frankreich von der Entsendung von 2 bis 3 Millionen Tonnen Stahl aus dem Ruhrgebiet Abstand nahm, deren Versendung bereits unmittelbar bevorstand.

Morgen vormittag findet im Außenministerium ein Kabinettsrat statt, dem angesichts der augenblicklichen Lage erhöhte Bedeutung zukommt.

Interpellation über französische Wiederaufbauskandale.

S. **Paris,** 22. 10. (Eigenbericht.) Der Abgeordnete Inghels hat eine Interpellation wegen der Skandale in den wiederaufzubauenden Gebieten in der Kammer eingereicht. Er will Auskunft darüber haben, was die Regierung zu tun gedenke, um das Mißverhältnis, das zwischen den Entschädigungen für die großen und denen für die kleinen Geschädigten bestünde, zu beseitigen, ferner über die übertriebenen Entschädigungen, die teilweise gezahlt worden seien, an denen sich einzelne Industrielle in geradezu skandalöser Weise bereichert hätten, ferner über die Langsamkeit des Geschäftsganges bei der Entschädigung der kleinen Geschädigten und über die Zahlungsmethoden der Entschädigungen überhaupt.

Verschärfung des amerikanischen Anti-Alkoholgesetzes.

S. **Paris,** 23. 10. (Eigenbericht.) Aus Washington wird gemeldet, daß die Konferenz der Gouverneure der Vereinigten Staaten von Amerika auf Vorschlag des Präsidenten Coolidge eine Verschärfung des Anti-Alkoholgesetzes beschlossen habe. In Zukunft solle nicht mehr auf Geld-, sondern auf Gefängnisstrafen bei Uebertretung des Alkoholgesetzes erkannt werden. Ferner soll das Gesetz gleichmäßig auf alle Staaten ausgedehnt werden. Unter den strafverschärfenden Bestimmungen befindet sich die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, Schließung der betroffenen Lokale usw.

Die Revolte in Griechenland.

Paris, 23. 10. Die hiesige griechische Gesandtschaft hat folgendes Telegramm aus Athen erhalten, das vom Sonntag nachmittag 4 Uhr datiert ist: In den Garnisonen von Patras, Chalkis, Drama und Verria sind Meutereien ausgebrochen. In den übrigen 18 Garnisonen sind die Truppen der Regierung treu geblieben. Die Armeekorpskommandeure haben in Telegrammen zum Ausdruck gebracht, daß sie treu zur Regierung halten werden. Die Marine beobachtet dieselbe Haltung. Ebenso haben die liberale und republikanische Partei die Bewegung abgelehnt, die, wie es den Anschein hat, von den Anhängern des Generals Motaxas angestiftet zu sein scheint. Es sind Truppen unterwegs, die die Bewegung, an deren Spitze die Generäle Leonardopulos und Gargalides stehen, niederwerfen sollen.

Verhaftungen.

Köln, 22. 10. (W. T. B.) Wie die „Kölnische Volkszeitung" aus Trier meldet, haben die Sonderbündler mehrere politische Führer und Stadtverordnete, darunter den Prälaten Professor Dr. Kaas, den sozialdemokratischen Beigeordneten Rese und die Stadtverordneten Brandenburg und Rautenstrauch verhaftet und verschleppt, wie es heißt, in der Richtung nach Duisburg.

Im Laufe des gestrigen Vormittags verlangte eine Schar Sonderbündler von der Stadt die Zugestehung zweier Beigeordneter und eine ständige Kontrolle der Verwaltungsorgane, ferner die Einsetzung ihres Führers Maßen als Polizeidirektor. Die Forderungen wurden abgelehnt.

Die Sonderbündler, vorwiegend junge Leute, durchstreifen die Stadt und „beschlagnahmen" unter Drohungen mit Revolvern Kraftwagen.

„Frankreich hinter den Ereignissen."

Die offene Unterstützung der Separatisten.

A. **London,** 23. 10. (Eigenbericht.)

Die englische Oeffentlichkeit verhält sich gegenüber den Vorgängen im Rheinlande abwartend, doch drücken die meisten Blätter ihre Ueberzeugung aus, daß Frankreich hinter den Ereignissen stehe. Von einigen Zeitungen wird sogar behauptet, daß auch zwischen Bayern und der französischen Regierung geheime Abmachungen bestünden. (!) Die „Times" glaubt im übrigen, daß sich vorläufig ein Urteil über die Bewegung im Rheinland noch nicht fällen lasse. Auch die Franzosen und Belgier seien offenbar in Verlegenheit, und es sei keineswegs sicher, daß sich die Ereignisse planmäßig entwickelten. Das Blatt wirft dann einige Fragen auf, die sich unmittelbar aus den Vorgängen ergeben. „Wenn die Separatisten einfache ‚Flüchtlinge aus der deutschen Währung sind, wer wird die Bewegung dann finanzieren? Wenn die Ruhr in den neuen Staat einbegriffen werden soll, wie wollen die Alliierten dann ihre Forderungen gegenüber Deutschland durchsetzen? Zum Schluß verlangt die „Times" ein gemeinsames Vorgehen aller Alliierten. Die Gefahr sei jetzt so groß geworden, daß alle früheren Meinungsverschiedenheiten unbedeutend erschienen. Es handle sich jetzt darum, schnelle Beschlüsse zu fassen. Die Verantwortung sei zu groß, als daß sie von einer von zwei Mächten getragen werden könnte. Der Augenblick für eine mutige und kluge Tat (!) sei gekommen, wenn nicht ganz Europa mit in den Abgrund gezogen werden solle, in dem Deutschland versinke.

Die aus dem Rheinlande vorliegenden Nachrichten sprechen von einer Ausbreitung der Bewegung. Nach der „Daily Mail" soll die englische Zone von der Bewegung nicht berührt sein. Dagegen berichtet die „Times", daß die deutschen Polizisten in Köln alle Eingänge zur Stadt versperren, um das Eindringen separatistischer Banden zu verhindern. Aus Bonn meldet das gleiche Blatt, daß die französischen Behörden offenbar auf Seiten der Separatisten stehen. Die Vertreter der Rheinlandkommission ließen den städtischen Behörden mitteilen, daß die Polizei nicht auf die Separatisten schießen dürfe und daß Truppen in Bereitschaft gehalten würden, um die Separatisten nötigenfalls zu beschützen.

Englands Mitverantwortung.

London, 23. 10. (W. T. B.) „Westminster Gazette" schreibt: Es sei klar, daß, wenn die augenblicklichen Verhältnisse, eine unvermeidliche Folge der Politik Frankreichs, in Deutschland fortdauernd sollten, chaotische Unruhen unvermeidlich wären. Jeden Augenblick könnten die Engländer Entwicklungen gegenüberstehen, die eine rasche und entscheidende Aktion der britischen Regierung notwendig machten, denn obwohl die Verantwortung für die Ereignisse im Ruhrgebiet in der Hauptsache auf Poincaré lasteten, könne die britische Regierung ihren Anteil an der Verantwortlichkeit nicht abweisen. Sie habe gewußt, daß Schwierigkeiten bevorstehen, und sei passiv geblieben. Ihr Widerstand gegen die Politik Frankreichs habe nur in Worten bestanden. Dieser Punkt sei vielleicht von großer unmittelbarer Bedeutung, da ihre Truppen Köln besetzt halten, das sie als eine der Garantiemächte des Versailler Vertrages innehabe. Wenn der Aufstand gegen Berlin im Rheinland Wurzel faßte und sich ausbreitete, würde die Stellung der Engländer in ihrer eigenen Zone, die einen Teil des Rheinlandes bilde, schwierig bis zur Unhaltbarkeit werden. England könne diese Bewegung nicht unterstützen oder anerkennen oder irgendwelche Verantwortlichkeit für die Loslösung von gewissen Teilen Deutschlands übernehmen, die deutsch seien. Sollten aber die Engländer andererseits Köln nicht länger als ein deutsches Pfand, sondern für Deutschland halten? Dies würde eine seltsame Form der zweideutigen Politik sein, die bisher von britischer Seite befolgt wurde.

Die englischen Konservativen verlangen klare Führung.

London, 23. 10. (W. T. B.) „Daily Telegraph" schreibt zu der bevorstehenden National-unionistischen Konferenz in Plymouth, auf der Baldwin am Donnerstag sprechen wird, die Konservative Partei wünsche von Baldwin eine andere Parole zu erhalten, als diejenige sei, die Bonar Law seinen Anhängern unter andern Umständen gegeben habe. Die Konservativen verlangten nach einer klaren Führung. Baldwin sei in der letzten Zeit in seinen Aeußerungen sehr vorsichtig gewesen, dagegen seien von gewisser Seite Einwände erhoben worden, insbesondere im Zusammenhang mit seiner auswärtigen Politik. Die Kritiker des Premierministers wollten anscheinend haben, daß er mit einer sogenannten entschlossenen britischen Politik, die England sofort in eine gefährliche Sackgasse mit Frankreich bringen würde, in die Arena springe. Aber Baldwin werde sich wahrscheinlich nicht dazu hinreißen lassen, von seiner strikten Vorsicht abzugehen. Das Hauptziel der Konservativen sei heute, das Land vor dem sozialistischen Regiment zu retten, das drohe, wenn die augenblickliche Regierung stürzen sollte. Das große innere Uebel des Augenblicks sei die Arbeitslosigkeit.

Brotrationierung in Berlin.

Das Berliner Ernährungsamt teilt mit: Die unerhörten Hamstereien, die neben der katastrophalen Geldentwertung trotz ausreichender Getreidevorräte in den letzten Tagen in Berlin zu einem Mangel an Brot geführt haben, so daß zahlreiche Berufstätige und Minderbemittelte nicht in den Besitz von Brot gelangen konnten, veranlassen den Magistrat im Verein mit der Groß Berliner Bäckerschaft, die noch im Besitz der Bevölkerung befindliche Brotkarte der 41. Brotkartenwoche aufzurufen. Ab morgen, Mittwoch, den 24. Oktober, darf von den Bäckern auf je zwei Abschnitte A der erwähnten Brotkarte ein Brot (auf einen Abschnitt A also ein halbes Brot) zu dem jeweils der Preisprüfungsstelle vorgelegten Preise abgegeben werden.

Trostlose Wirtschaftslage im Ruhrgebiet.

Auswirkungen der innenpolitischen Krise.

Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets wird dem W. T. B. mitgeteilt: Die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern und der Aachener Handstreich haben die ohnehin kritische Situation im Ruhrgebiet bis zum äußersten verschärft. In allen politisch führenden Kreisen wird mit großer Eindeutigkeit betont, daß das Zusammentreffen der Ereignisse in München und Aachen der schwerste Schlag war, der das besetzte Gebiet in diesen entscheidungsschweren Stunden hat treffen können. Die Auffassung weitester Kreise geht dahin, daß die maßgebenden französischen Kreise die weitere Entwicklung der inneren deutschen Verhältnisse abwarten wollen. Der Aachener Handstreich wiederum wird mit der Zuspitzung der Lage im Reich in direkte Verbindung gebracht. Darüber darf kein Zweifel bestehen, daß die Auswirkungen der Lage das Ruhrgebiet am schwersten belasten.

Wenn auch die separatistische Propaganda im Ruhrgebiet in den letzten Wochen sich gesteigert hat, so besteht doch zu Befürchtungen von dieser Seite her kein Anlaß. Dagegen darf nicht verhehlt werden, daß die politischen Kreise des Auslandes, die hinter den Sonderbündlern stehen, jetzt mit allen Mitteln dahin arbeiten werden, um auch die Abtrennung des Ruhrgebiets politisch durchzuführen. Der Ausgang der laufenden Verhandlungen wird erweisen, wie stark die Kreise sind, die vorläufig auf indirektem Wege die politische Abtrennung des Ruhrgebiets durchzuführen versuchen.

Feierschichten und Massenentlassungen.

Gelsenkirchen, 23. 10. (T. U.) Die wirtschaftliche Lage ist gegenwärtig hier trostlos. Viele kleinere Werke und Betriebe haben bereits geschlossen. Auf den Zechen wird auch nur in beschränktem Maße gearbeitet

Bei der Firma Krupp wird in dieser Woche nur noch 30 Stunden gearbeitet. Außerdem wurden zwei Feierschichten, diese jedoch nur für Ledige, eingelegt.

Essen, 23. 10. (Mtb.) Gestern hat die gesamte Industrie mit Ausnahme der Bergwerke ihre Arbeiter entlassen und den größten Teil der Angestellten zum 1. November gekündigt. Allein in Gelsenkirchen kommen 18 000 Arbeiter in Betracht. Auf den Bergwerken des ganzen besetzten Gebiets, auch auf denen, die für Holland und Italien arbeiten, werden in dieser Woche zwei Feierschichten eingelegt.

Lebensmittelunruhen.

Hamburg.

hem. **Hamburg,** 23. 10. (Eigenbericht.) Wie in anderen Großstädten ist es auch in Hamburg vereinzelt zu Lebensmittelunruhen gekommen, die, durch die ungeheure Steigerung des Brotpreises verursacht, durch die Schließung einiger Werften noch verstärkt wurden. Von kommunistischer Seite wird wieder einmal versucht, für den allgemeinen Generalstreik Propaganda zu machen. Die Regierung und die Schupo haben die Lage fest in der Hand, so daß zu Besorgnissen kein Anlaß vorliegt.

Außer den Vulkanwerken und Blohm u. Voß sind zunächst die Schiffs- und Maschinenfabrik von Janssen u. Schmilinsky stillgelegt. Auch am heutigen Morgen ist die Lage im Hafen unverändert. Der wirtschaftliche Schaden, der durch das verspätete Auslaufen der Schiffe entsteht, wird sich heute mehr denn je unangenehm bemerkbar machen. Die Stimmung ist gespannt. Zu ernsteren Zwischenfällen ist es aber bis zur Stunde nicht gekommen.

Einzug der Ordnungstruppen in Dresden.

Mit Jubel begrüßt.

Sd. **Dresden,** 23. 10. (Eigenbericht.) Heute marschierte ein Teil de rTruppen durch Dresden, die für Ostsachsen bestimmt sind. Die Truppen, die einen ganz vorzüglichen Eindruck machten, wurden von einer vieltausendköpfigen Menge stürmisch begrüßt. Nur wenige Schreier versuchten Störungen. Doch wurden diese sehr energisch zur Ordnung gebracht.

Für Ausschluß Eberts aus der Sozialdemokratischen Partei.

Leipzig, 23. 10. (T. U.) In der Generalversammlung des Kreisvereins der V. S. P. D. Groß Leipzig wurde ein Antrag angenommen, der unter Hinweis auf die Verstöße des Reichspräsidenten Ebert gegen das Parteiprogramm verlangt, daß beim Parteivorstande der Ausschluß des Genossen Ebert beantragt werde.

Auch das Patentamt geht zu Goldmarkpreisen über.

Nachdem das Reichspatentamt bislang der Geldentwertung durch immer neue Festsetzung seiner Preise für Patentschriften, Abschriften, Photogramme usw. Rechnung getragen hatte, ist es mit Wirkung vom 15. bzw. 18. Oktober ab zur Berechnung dieser Preise in Goldmark übergegangen. Die Umrechnung der Sätze in Papiermark erfolgt nach dem auf volle Millionen nach unten abgerundeten Dollarbriefkurs der Berliner Börse, der für den dem Tage der Zahlung oder der Absendung des Nachnahmebriefes vorhergehenden Tage im „Reichsanzeiger" bekanntgegeben ist. Als Tag der Zahlung gilt der Tag, an dem die Einzahlung beim Reichspatentamt oder zur Ueberweisung bei einer Postanstalt im Gebiet des Deutschen Reiches erfolgt.

Eine Patentschrift kostet (wie vor dem Kriege) eine Goldmark. Bei Abnahme von mindestens 20 Stück einer einzelnen Nummer oder von sämtlichen Patentschriften aus einer bestimmten Haupt- oder Unterklasse oder aus einer bestimmten Gruppe eine halbe Goldmark. Bei Abschriften werden für jede Seite Maschinenschrift 0,30 Goldmark berechnet, ebensoviel für jede Beglaubigung oder Bescheinigung. Das Vergleichen von Prioritätsbelegen und dergleichen, wobei zwei Beamte beschäftigt sind, kostet 1,80 M für jede Stunde Arbeit, das Nachbessern von Zeichnungen 0,90 M. Eine zweite Ausfertigung der Patent- oder Gebrauchsmuster- oder Warenzeichen-Urkunde (Rollenauszüge) kostet 0,30 M das Stück, wozu die Kosten der Beglaubigung, des Schreibwerks und Vergleichens kommen. Ein Blatt Photogramm (weiß auf schwarz) kostet 0,50 M, eine Lichtpause 0,30 Goldmark.

Die Deutschnationalen und Bayern.

Rücktrittsforderungen an Stresemann.

pn. **München,** 23. 10. (Eigenbericht.) Der politische Beauftragte der Reichsparteileitung der Deutschnationalen Volkspartei, der preußische Landtagsabgeordnete v. Lindeiner-Wildau, hat in einer Versammlung der Bayerischen Mittelpartei (Dn. Vp.) in München erklärt, unsere ganze Politik sei durch die Gleichsetzung von Arbeiterschaft und Sozialdemokratie vergiftet, und Stresemann habe sich zum Träger dieser Geschichtslüge gemacht. Die Politik der Berliner Regierung sei völlig unhaltbar und materiell unmöglich. Diejenigen Kreise im Reich, die erkennen, daß Bayern Bismarcks Werk vertrete, hätten die Pflicht, Bayern durch die Tat vor einer Isolierung zu bewahren und sich mutig und offen an Bayerns Seite zu stellen. Der jetzige Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung habe die deutsche Frage in ihrer Gesamtheit aufgerollt.

Der bayerische Landesvorsitzende der Partei, Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Hilpert, erklärte, die Isolierung Bayerns im deutschen Kampf bedeute die riesengroße Gefahr der Separation. Die Lösungsmöglichkeit des Konfliktes erblicke er, wenn Stresemann die Folgen seiner außenpolitischen Niederlage und seiner innerpolitischen Mißerfolge als Wahrer der Reichseinheit ziehe. Die Quelle fortgesetzter Konflikte zwischen Bayern und der Reichsregierung müsse durch eine organische Staatsverfassung verstopft werden. Alle Redner spendeten Beifall.

*

Die „Deutsche Tageszeitung" gibt eine Zuschrift aus dem Reichslandbund wieder, in der zunächst erklärt wird, der Reichslandbund habe sich dem Reichskanzler Stresemann zur Verfügung gestellt, wenn er sein Kabinett nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammenstelle.

„Die Wiederherstellung des Reichskabinetts auf Grundlage der Großen Koalition schloß für den Reichslandbund die Möglichkeit seiner Mitwirkung aus. Wenn der bayerische Generalstaatskommissar Dr. von Kahr erklärt: „Im Falle Lossow handelt es sich letzten Endes um den großen Kampf der marxistischen undeutschen Einstellung gegen die deutsche christliche Weltanschauung", so kennzeichnet er hierdurch zutreffend den Kern des Konfliktes, den das Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht richtig einzuschätzen, zu beurteilen und somit auch nicht zu lösen vermag. Für dieses innerste Wesen der Frage haben die deutschen Landwirte und insbesondere der Reichslandbund ein grundsätzliches und schon empfindungsmäßiges Verständnis, während sie ohne Verständnis der rein formal juristischen Einstellung der Reichsregierung gegenüberstehen, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird."

Reichswehr und Politik.

Wie der „Vorwärts" zu melden weiß, hat General v. Lossow von der Funkstelle in Nürnberg folgenden Funkspruch an die Reichswehr in Berlin, Spandau, Stettin, Hannover, Breslau, Dresden, Frankfurt a. d. O. gerichtet:

„Der Chef der Heeresleitung hat einen Aufruf an das Reichsheer erlassen, der den Schritt der bayerischen Regierung als gegen die Verfassung gerichtet erklärt. Die bayerische Regierung denkt nicht daran, dem Reich die Treue zu brechen. Niemand übertrifft uns Bayern an Reichstreue. Was wir wollen, ist, daß der bayerischen Regierung und dem bayerischen Generalstaatskommissar von der unter marxistischem Einfluß stehenden Berliner Regierung nichts aufgezwungen werden soll, was Bayern, den Hort deutscher und nationaler Gesinnung, unschädlich machen soll.

Wir haben die selbstverständliche Pflicht, uns in diesem Konflikt hinter die bayerische Regierung und den bayerischen Generalstaatskommissar zu stellen, die mit uns das bedrängte Deutschtum schützen wollen. Die Verpflichtung wird durchgeführt.

gez.: von Lossow, Landeskommandant."

Soweit diese Kundgebung eine Erklärung für das Verhalten der bayerischen Truppen geben will, ist sie vielleicht erklärlich; wenn sie aber zugleich den Versuch einer politischen Einwirkung auf außerbayerische Teile der Reichswehr enthalten sollte, dann müßten wir sie offen mißbilligen. Von dem gebräuchlich gewordenen Unfug der Verwechselung der Begriffe Marxismus und Sozialdemokratie ganz abgesehen: die Politik ist nicht Sache der Reichswehr, sondern des Bürgertums, das innerhalb und außerhalb der Parteien genug Organisationen und Wirkungsmöglichkeiten hat, um einen Wechsel in der Reichsregierung herbeizuführen, wenn ein solcher der Stimmung der Volksmehrheit entspricht.

Ostpreußen.

Königsberg, 22. 10. Der Befehlshaber im Wehrkreis I hat folgenden Befehl als Zusatz zum Erlaß des Chefs der Heeresleitung gegeben:

„Tagesbefehl an die Truppen im Bereich des Wehrkreises I. Die Einigkeit des Reiches und der militärische Geist erfordern Gehorsam den Befehlen unseres obersten militärischen Führers. Daß jeder Angehörige der ostpreußischen ersten Division und der in ihrem Bereich untergebrachten Truppen des Reichsheeres und der Reichsmarine dies beherzigen und befolgen wird, bedarf keines weiteren Wortes.

von Dassel,
Generalleutnant, Kommandeur der ersten Division und Befehlshaber im Wehrkreis I.

Schließung der kommunistischen Friedrichstraßendruckerei.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: die kommunistische Friedrichstraßendruckerei (Friedrichstr. 225), in welcher verschiedene kommunistische Zeitungen wie die „Rote Fahne" sowie allerhand Propagandaschriften gedruckt werden, ist auf Anordnung des Militärbefehlshabers von der Berliner Polizei geschlossen und versiegelt worden, da in den letzten Tagen verbotswidrigerweise zahlreiche zum Generalstreik und zur Bewaffnung des Proletariats auffordernde Flugschriften gedruckt worden sind.

Graf Kanitz ernannt.

Die Ernennung des Grafen Kanitz zum Reichsernährungsminister ist jetzt vollzogen worden. Der Minister wendet sich in einem Aufruf an die Landbevölkerung und weist sie auf die Notwendigkeit hin, ihre Pflicht gegenüber **der anderen Bevölkerung zu erfüllen.**

Schicksalswende.

Von unserem rheinischen Berichterstatter.

Am 11. November 1918 endete rein äußerlich die erste Phase des großen Krieges, in dem der Kampf um den Rhein auf's neue in den Mittelpunkt der Weltgeschichte trat. Militärisch war Deutschland geschlagen, nachdem Soldatenmeutereien und Hungerrevolten dem Heer den letzten Rückhalt der Heimat entzogen hatten. Militärisch war ein Abschluß gegeben, während der künftige „Wilson-Frieden in der Verständigung" nach der Meinung der Volksbeauftragten die wirtschaftliche und — man verzeihe das Wort — auch die nationale Substanz des Reiches wahren sollte. Das Wort Scheidemanns auf der Freitreppe des Reichstages, daß das deutsche Volk auf der ganzen Linie gesiegt habe, bezeichnet vielleicht am besten den Irrwahn dieser Kreise. Selbst als das Versailler Diktat aufgesetzt und unterschrieben wurde, meinten dieselben Persönlichkeiten noch immer, daß alles das nicht so böse gemeint sei, daß die meisten Artikel des Diktates einfach unausführbar seien (weil sie dem eigenen kleinen Gehirn einfach unerträglich schienen), daß Frankreich oder doch wenigstens die übrige „demokratische" Welt eine derartige Versklavung der freiesten aller Republiken nicht zulassen könne. Man hoffte und glaubte im endlosen Wechsel, während gleichzeitig dem Raub der Vorpostenstellungen des Deutschtums im Westen und Osten die Wegnahme und Besetzung der wichtigsten Außenbastionen folgte. Nach dem Gewinn von Elsaß und Lothringen übernahm Frankreich selbst den Pfandbesitz des Saargebiets zu eigenen „treuen Händen"; unter sachkundiger Hilfeleistung der angelsächsischen „Beobachter" zwang es das Rheinland unter französisch-belgisches Joch. In Oberschlesien setzte sich in trautem Verein mit dem mächtigen Protektor der Pole fest, und selbst der schmächtige Litauer konnte sich als wertvollsten Besitz Memel zusprechen lassen. Im Bannkreis innerpolitischer Kämpfe huschte ab und an wohl eine Flut von Entrüstung über Deutschland dahin, sobald die jeweils gefährdetsten Kreise Zeichen und Mittel zum „Aufpeitschen" der öffentlichen Meinung gaben. Im Grunde blieb das gesamte deutsche Volk von all diesen Ereignissen unberührt, da ja „zwangsläufig" deutsche Arbeit und deutscher Unternehmungsgeist auch dem Reich seine Stellung in der Welt zurückerobern würden. Dem militärisch-politischen Ringen, das im Walde von Compiègne seinen schmählichen Abschluß fand, folgte der Kampf der deutschen Wirtschaft.

Auf die „Wirtschaft" allein war jetzt das Dasein des deutschen Volkes gestellt, da die wirtschaftliche Not den Einzelnen wie die Gesamtheit packte. Auch außenpolitisch schien der Verlust an Land und Leuten, vom Ansehen draußen in der Welt zu schweigen, erträglich und leicht gegen die ständige Abzapfung neuen Wirtschaftsbluts in ewig gesteigerten Reparationszahlungen. Selbst Frankreich wurde in diesen Jahren aus dem „Erbfeind" zum „Hauptgläubiger", als sich seine Annexionsabsichten am Rhein zur Pfänderpolitik wandelten. In stolzem Selbstvertrauen auf die bodenständige Kraft der eigenen Wirtschaft ließ man es zu, daß der Versailler Vertrag Stück für Stück durchlöchert und zerfetzt und damit die letzte völkerrechtliche Sicherung des Deutschen Reichs durchbrochen wurde. Als Frankreich und Belgien am 8. März 1921 mit Düsseldorf-Duisburg das „Sprungbrett zum Ruhrgebiet" besetzten, beschränkte sich das Ministerium Wirth auf den üblichen papiernen Einspruch, um nur ja nicht durch einen Rückfall in die brutalen Machtformen der Vorkriegszeit die theoretisch fein ausgeklügelten Kreise dieser „Erfüllungspolitik" zu stören. Mit stummer Ergebenheit sah das deutsche Volk zu, als die Schlüsselstellung seiner Wirtschaftsfront durch Handstreich genommen wurde, weil es seit dem 9. November 1918 die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Macht verloren und vergessen hatte. Während man im Reichstag und Reichswirtschaftsrat, in allen Ministerien und Verbänden vom siegreichen Aufbau der deutschen Wirtschaft sprach und schrieb, besetzte der Gegner kampflos eine Stellung nach der andern. Dem Saargebiet und Ost-Oberschlesien folgte das ganze Rheinland in die gleiche wirtschaftliche Versklavung, als die „Sanktionen" von 1921 zum erstenmal besetztes und unbesetztes Gebiet durch eine starre Zollinie trennten und auf Gedeih und Verderb verbundene Industriegebiete scheinbar planlos vernichteten. Stück für Stück versank die Basis, auf der die Führer der „Erfüllungspolitik" die Zukunft Deutschlands und der Welt aufzurichten vermeinten. Keine Hand rührte sich zur Gegenwehr, als das Programm des Senators Adrian Dariac auch dem törichtsten Deutschen das Endziel und die Taktik der französischen Rheinpolitik enthüllte. Nur dem Widerstand der Ruhrindustrie, die im Ministerium Cuno endlich verständnisvolle Förderung fand, verdanken wir den Versuch wenigstens der Verteidigung, der in die Epoche des passiven Widerstandes hineinführt. Zum erstenmal nach den „glorreichen" Novembertagen von 1918 fand eine deutsche Reichsleitung den Mut, die Ohnmachtspolitik der letzten Jahre durch den Appell an die nationale Ehre innerlich zu wandeln, und der Erfolg hat ihr zweifellos recht gegeben. Auch die Rückschau auf den verlorenen Kampf darf und muß doch dies eine wieder und wieder betonen, daß nur die Entschlüsse vom Januar/Februar 1923 die Rheinlande zunächst vor der völligen Verwelschung bewahrten. Der nationale Gedanke, der unter der Last der Erfüllungspolitik und vor der Duldermiene früherer Ministerien zu ersterben drohte, ward aufs neue lebendig. Auf lange Zeit hinaus noch wird „Cunos rheinisches Erbe" an Rhein und Ruhr die Erinnerung an Reich und Staat der Deutschen wachhalten.

In der zweiten großen Phase des Weltkriegs trat so der Ruhrkampf in den Vordergrund, der mit anderen Mitteln auf beiden Seiten doch nur dem alten Ziele galt. Nach einem kurzen Zwischenspiel, in dem Frankreichs Nationalismus im Vertrauen auf unbestimmte geschichtliche Erinnerungen und auf die „Ueberlegenheit des gallischen Genius" die militärisch-politischen Erfolge Clémenceaus leichthin durch freiwillige Anlehnung der Rheinlande zu vollenden hoffte, hatte der „Sieger im Weltkrieg" den wirtschaftlichen